

Truschzinski soll 2000 Euro Ordnungsgeld zahlen

Nichtöffentliches aus dem Stadtrat

Pößneck (OTZ/mko). Die FDP/FW im Pößnecker Stadtrat meint es ernst mit einer Bestrafung nach Geschäftsordnung der PDS-Stadträtin Constanze Truschzinski (OTZ vom 13. Oktober) und hat für den nicht öffentlichen Teil der morgigen Stadtratssitzung einen entsprechenden Antrag eingebracht. Das machte Truschzinski in einer Flucht nach vorn bzw. in die Öffentlichkeit selber bekannt, denn ihr droht "wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Verschwiegenheitspflicht" ein Ordnungsgeld von sattem 2000 Euro.

Das Fass zum Überlaufen brachte für die FDP/FW, dass Truschzinski im öffentlichen Teil der Stadtratssitzung vom 18. September Äußerungen von Stadtplaner Thomas Wunsch zur Bebauung von Rotasym-West aus einer vorherigen nicht öffentlichen Beratung zitierte. Das auch noch "bewusst unvollständig und damit sinnentstellend", wie es in dem Antrag heißt, den Dr. Thomas Weidemann für die FDP/FW unterzeichnete. Bisherige Rügen für ähnliche Vergehen hätten bei Truschzinski keine Wirkung gezeigt, daher sei eine "empfindliche Strafe" gegen die "Wiederholungstäterin" vonnöten. Die Vorab-Veröffentlichung eines nicht öffentlichen Sachverhaltes dürfte die FDP/FW in ihrer Initiative noch bestärken.

Truschzinski sieht es naturgemäß anders. "Mit dem Ordnungsgeld wird der Versuch unternommen, mich mundtot zu machen und kritische Stimmen im Stadtrat auszuschließen", erklärt sie in einer Pressemitteilung. Sie sieht die Äußerungen, die ihr zur Last gelegt werden, von der Baugesetzgebung gedeckt, denn Bebauungspläne seien "bei ihrer Aufstellung und Entwicklung transparent und mit Bürgerbeteiligung aufzustellen und auszulegen". Ihre Äußerungen stünden dem Wohl der Allgemeinheit oder Interessen Einzelner nicht entgegen. Außerdem findet Truschzinski, dass sich die nicht öffentliche Meinungsbildung der Stadträte inhaltlich in einer Stadtratssitzung wiederfinden sollte.

Der Stadtratsvorsitzende Fritz Kleine (PDS) wollte sich vorab ebensowenig über die nicht öffentliche Angelegenheit äußern wie Bürgermeister Michael Modde (FW). Beide befürchteten allerdings gegenüber OTZ, dass Truschzinski ihre Angelegenheit öffentlich beraten lassen will. Das ist offenbar nicht zulässig. Denn es würde, wie zu hören war, gegen berechnete Interessen Truschzinskis verstoßen.

Es ist also gut möglich, dass der Stadtrat Truschzinski erst einmal vor sich selber schützt, bevor er sie bestraft.

09.12.2008